

NR. 12/ FEBRUAR 2018

# GRÜN WÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELSTADT & BASELSTADT



- **MEDIENPOLITIK: UMBRÜCHE IN DER MEDIENLANDSCHAFT** S. 3
- **ABSTIMMUNGEN: PAROLEN ZU DEN ABSTIMMUNGEN VOM 4. MÄRZ** S. 6
- **DIVESTEMENT: JGB WILL SAUBERE PENSIONS-KASSEN-ANLAGEN** S. 9

- 2 Editorial
- 3 Thema: Medien
- 6 Abstimmungen
- 9 JGB Nordwest
- 10 Aus den Kantonen: BL
- 11 Aus den Kantonen: BS
- 12 Ortssektionen,  
Arbeitsgruppen, Parolen

---

Grünwärts – Infobulletin der Grünen  
Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und  
Basel-Stadt, Güterstrasse 83,  
4053 Basel

Redaktion: Pascal Benninger,  
Harald Friedl, Nathalie Martin,  
Laura Schwab, Martin Stohler,  
Oliver Thommen

info@gruene-bl.ch  
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100%  
Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage  
2450 Ex.

Redaktionsschluss:  
9. Januar 2018

Nächste Ausgabe: Mai 2018

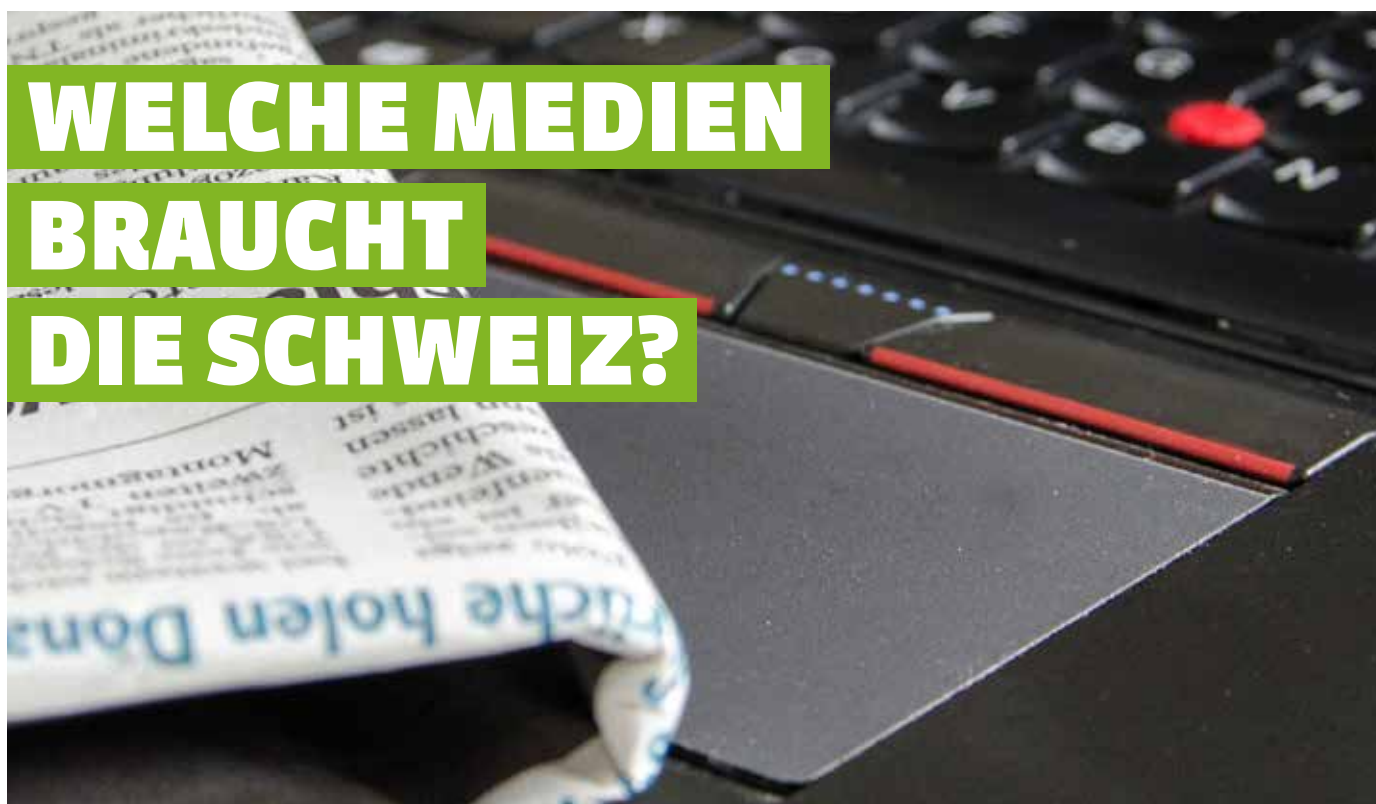


### NOBILLAG: ABSTIMMEN REICHT NICHT

Mit einer einzigen Initiative, die uns alle in Atem hält, blasen diese Tage die Rechten und Reichen zum Angriff auf die Demokratie. Es ist angesichts von Blochers Medienkauf tour absehbar, dass nach dem Zusammenbruch der Medienlandschaft nur noch einseitige Informationen von rechts verfügbar wären. Die Hoheit über die Diskussion liegt aber schon heute zu weiten Teilen rechts: mit absoluten Mehrheiten in Landrat und Nationalrat haben diese Parteien eine viel grössere Plattform als wir. Nur so konnte diese böswillige Initiative überhaupt zur ernststen Gefahr werden. Deshalb reicht es nicht, am 4. März Nein zu stimmen. Entscheidend für Demokratie und Klima wird sein, ob wir **2019 die Wahlen gewinnen**, und bis dahin die Diskussion über die Klimakatastrophe und die Demokratie prägen. Zur gefährlichen Initiative und zur Medienpolitik im Allgemeinen gibt es in diesem Heft einige spannende Seiten.

Ich wünsche viel Vergnügen bei der Lektüre!

Bálint Csontos  
Präsident Grüne BL



Um fundierte Entscheide  
fällen zu können, reichen  
20 Minuten nicht.

«Der Republikaner muss besser gebildet sein als der monarchische Untertan, sonst kann eine Republik nicht bestehen.» Was der erste Baselbieter Schulinspektor Johannes Kettiger (1802–1869) seinerzeit den Republikanern ins Stammbuch schrieb, gilt ebenso für die Bürgerinnen und Bürger der direkten Demokratie Schweiz mit ihren verschiedenen Landesteilen. Um sachkundig entscheiden zu können, müssen wir über eine gute Allgemeinbildung – und umfassende Informationen verfügen.

Idealerweise halten wir uns auf dem Laufenden darüber, was sich in unserer Gemeinde, in unserem Kanton und im Land abspielt. Denn wir haben – entsprechend dem politischen Aufbau der Schweiz – immer wieder Entscheide auf unterschiedlicher Ebene zu fällen. Dass wir wissen, was sich in der grossen Welt tut, schadet ebenfalls nicht, sind wir doch in der einen oder anderen Form davon betroffen.

Die Übersicht über das Weltgeschehen zu bekommen und zu behalten ist, vorsichtig ausgedrückt, ziemlich anspruchsvoll. Ohne «Vermittler», ohne Medien, ist das schlichtweg nicht möglich.

#### VON DER PARTEIPRESSE ZU FAKE NEWS

Allerdings verfolgen Medien meist noch ganz andere Interessen, als lediglich Nachrichten zu vermitteln. Die früheren Parteizeitungen sollten die Standpunkte und Programme der jeweiligen Partei bekannt machen und verbreiten. Nach dem Niedergang der Parteipresse wurden die grösseren (bürgerlichen) Zeitungen zu Forumszeitungen. In diesen sollten unterschiedliche Positionen Platz finden, wobei sich in den Wirtschaftsteilen meist der Neoliberalismus breitmachte.

Derzeit geht der Trend in eine andere Richtung: Manche selbsternannten Qualitätszeitungen wie die NZZ fahren im Rahmen von Kostensenkungen den Anteil von Nachrichten und Berichten zugunsten von Meinungstexten radikal herunter. Die Bereitschaft zur eingehenden Recherche schwindet, und die

Gefahr wächst, dass Meinungen statt Tatsachen verbreitet werden. Wohin das führt, zeigen US-Medien am rechten politischen Rand, bei denen alles zur Meinung wird.

Das Radio und Fernsehen dagegen entwickelte sich durch staatliche Initiative und Informations- und Machtbedürfnisse. Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts konnten Private hier die Medienlandschaft bereichern. Die

#### RESOLUTION MEDIENPOLITIK

Die Grünen Schweiz haben an der letzten DV in Riehen eine Resolution zur Medienpolitik verabschiedet, welche auf ihrer Webseite (unter: <http://bit.ly/2FKzzZI>) eingesehen werden kann.

Zudem kann dort ebenfalls die Diskussion zu «Öffentlichkeit und Demokratie im Zeitalter der Neuen Medien» nachgeschaut werden. Dabei debattierten Adrienne Fichter (Tech-/Politik-Journalistin), Christof Moser («Republik») und Chantal Tauxe (eh. Stv. Chefredaktorin «L'Hebdo») die aktuellen Entwicklungen in der Schweizer Medienlandschaft.

# Thema

SRG wurde dabei zu einem neutralen Informationsdienst aufgebaut, jenseits von staatlicher Propaganda. Formal ist sie nicht einmal eine öffentlich-rechtliche Institution.

## KOMMERZIELLE MEDIEN MÜSSEN RENTIEREN

Hinter dem Ausrichtungs- und Qualitätswandel vieler Medien stecken nicht nur politische Motive, sondern ökonomische Überlegungen und Gewinnerwartungen. Gehen Abo-Zahlen

und Einnahmen zurück, dann werden die Redaktionen ausgedünnt und es wird auf Agenturmeldungen zurückgegriffen. Dumm nur, wenn die Agenturen ihrerseits Stellen streichen wie die SDA vor Kurzem.

Die kommerziellen Schweizer Medien haben den Anspruch aufgegeben, uns die umfassenden Informationen zur Verfügung stellen, die wir brauchen, um uns eine fundierte Meinung zu bilden.

Wie gut dies die SRG tut, darüber lässt sich diskutieren. Besser werden können

die Sendungen immer – zumindest so lange, wie die «No Billag»-Initiative nicht angenommen wird. Denn diese will nicht inhaltlich informativere Beiträge ermöglichen, sondern einfach die Institution schleifen.

Das kommt letztendlich auch den grossen Plattformen und global operierenden Medienhäusern zugute, welche rein kommerzielle Interessen vertreten.

Martin Stohler  
Vorstand Grüne BS

## MEDIENIMPERIEN BREITEN SICH AUS

Weltweit sind Bestrebungen im Gang, mächtige Medienimperien aufzubauen, welche Inhalte und Vertriebsnetze kontrollieren.

Berlusconi hat die italienische Medienlandschaft in den letzten Jahrzehnten verändert, aber nicht völlig umgepflegt. Es gibt in Italien immer noch eine grosse öffentlich-rechtliche Radio- und Fern-

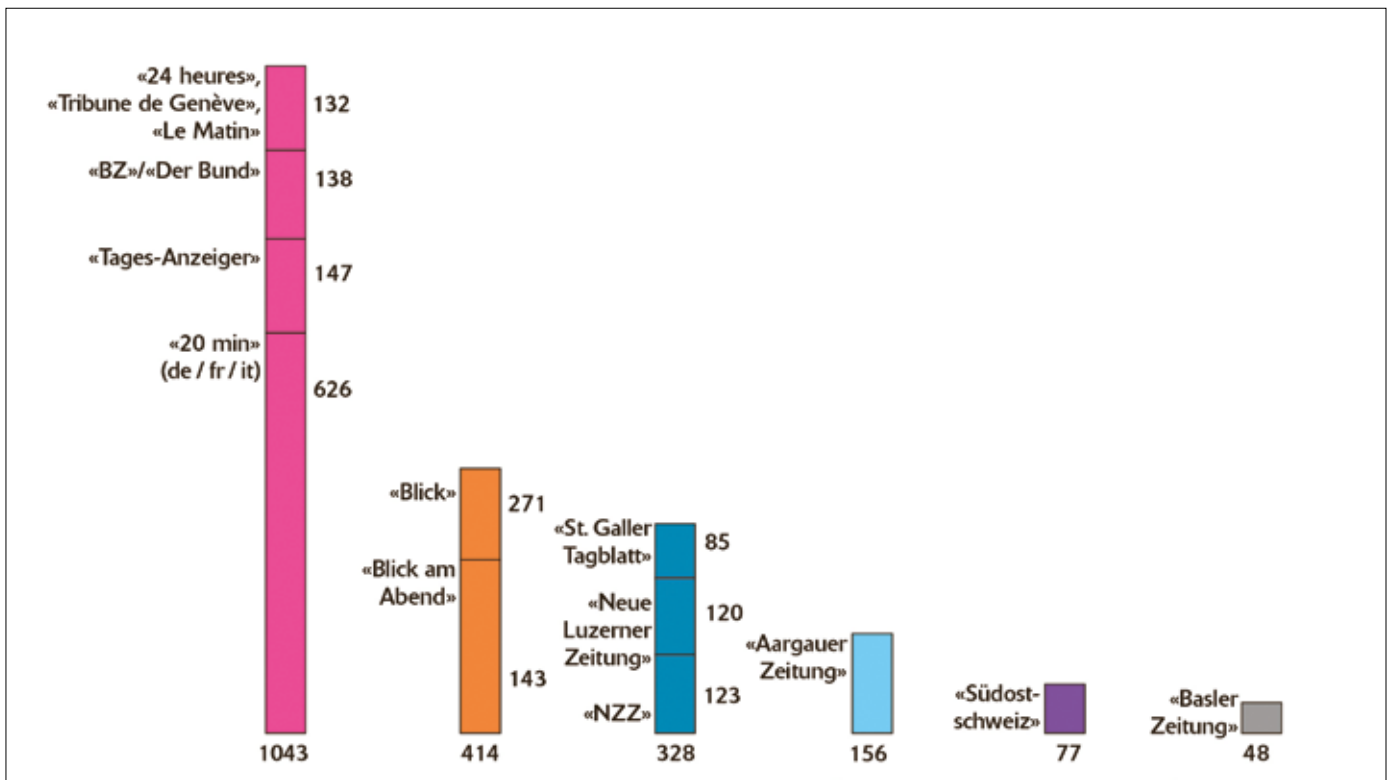
sehanstalt, die RAI. Und es gibt neben Berlusconi's Medien diverse andere private Fernsehstationen, die allerdings einen Nischencharakter haben.

Derzeit läuft aber der Versuch, um den französischen Konzern Vivendi einen grossen europäischen Player aufzubauen. Vivendi hat sich kürzlich 30 Prozent der Aktien von Berlusconi's Fernsehkonzern unter den Nagel gerissen. Zudem kontrolliert Vivendi auch auch den

grössten Telefon- und Internetanbieter Italiens.

## ÜBERNAHMEN UND ZUSAMMENSCHLÜSSE

Vor wenigen Wochen erfuhr die Öffentlichkeit zudem vom Kauf grosser Teile von 21st Century Fox durch den Disney-Konzern. Neben den Produktionsstudios von Fox erwarb Disney unter anderem auch die europäische Fernseh-



Quelle: «Die Rundspruchgesellschaft wird zur SRG: Der lange Kampf um die Sendehoheit» von Susan Boos, WOZ vom 7.12.2017

gesellschaft Sky sowie die Medienfirma Star India, deren rund 60 TV-Kanäle gegen 700 Mio. Zuschauer in Indien erreichen. Mit dem Kauf reagiert Disney auch auf die Neupositionierung von Telekom- und Kabel-TV-Konzernen: Während diese früher lediglich für die Verbreitung von Inhalten zuständig waren, drängen sie heute immer mehr auch in die Herstellung von Inhalten selbst. Vor diesem Hintergrund ist auch die geplante Übernahme des Medienkonzerns Time Warner durch den Telekom-Konzern AT&T für 85 Mia. Dollar zu sehen.

#### DIE LANDESREALITÄT ABBILDEN

In Anbetracht dieser Entwicklungen brauchen insbesondere kleinere Nationen öffentlich-rechtliche Anstalten, die Fernseh- und Radioprogramme anbieten, in denen es noch möglich ist, die Realität des Landes abzubilden und den Informationsaustausch zu gewährleisten. Dies gilt erst recht für die Schweiz mit ihren verschiedenen Sprachregionen.

Dass der seinerzeit staatstragende Schweizer Freisinn sich nicht laut und deutlich gegen die beabsichtigte Zerschmetterung des öffentlich-rechtlichen

Radio und Fernsehens ausspricht, mag verwunderlich erscheinen. Noch verwunderlicher ist das Ja der SVP zur «No-Billag»-Initiative. Während diese Partei sonst immer gegen die «Kolonialisierung» durch die EU wettet, ist sie bereit, einer Kolonialisierung durch europäische und globale Medienkonzerne Tür und Tor zu öffnen...

Lucio Giugni, Vorstand Grüne BS

## WEM GEHÖREN DIE REGIONALEN MEDIEN?

Als Christoph Blocher die Basler Zeitung kaufte, sorgte dies für Aufruhr. Doch wie sehen die Medienvielfalt und die Besitzverhältnisse in der Region aus? Und wie sind diese betroffen von der «No-Billag»-Initiative?

Einseitig ist es in der Region Basel nicht: die Basellandschaftliche Zeitung (mit einer eigenen Stadt-Ausgabe), barfi.ch, die TagesWoche, RadioX, Telebasel, dann die vielen Lokalzeitungen von Wochenblättern über die Volksstimme. Unter den EigentümerInnen finden sich neben den AZ-Medien oder Tamedia diverse Stiftungen.

Ist die Region also gut abgesichert und die Annahme der «No-Billag»-Initiative wäre gar nicht so schlimm? Weit gefehlt. Die Region wäre bei einem Ja stark betroffen, wie das auch der Kanton Basel-Stadt kommuniziert. Telebasel und RadioX finanzieren sich zu rund 55 bzw. 39 Prozent durch die Gebühren. SRF und somit das Regionaljournal Basel finanziert sich zu 75 Prozent über die Gebühren. Schliesslich soll die gesamte Kulturabteilung des SRF in den Neubau (Meret Oppenheimer-Haus) einziehen, bei einem Ja wären diese Stellen gefährdet.

Diese Beteiligungen zeigen auf, dass sich selbst in der eher breit abgestützten Region einiges bewegen oder eben nicht mehr bewegen wird. Schauen wir über den Tellerrand raus, sehen wir deutlich, wie sich die Medienvielfalt in der Schweiz verändert hat und die grossen Medienhäuser und Christoph Blocher an Medienmacht gewonnen

haben. Die Medienvielfalt ist eine Grundlage unserer Demokratie: denn ohne breite vielfältige Information, keine informierten Wählerinnen und Wähler.

Nathalie Martin,  
Geschäftsführerin Grüne BL

<u>TAGESZEITUNGEN</u>	• 20 Minuten	Tamedia
	• Basler Zeitung	Bollmann Somm Blocher
	• bz Basel	AZ /Peter Wanner
<u>WOCHENZEITUNGEN</u>	• Volksstimme	Schaub Medien
	• OBZ	AZ Medien
	• Lokalzeitungen Verlags AG (Riehener Zeitung, Birsigtal-Bote, Muttener & Pratteler Anzeiger, Birsfelder Anzeiger, Allschwiler Wochenblatt)	Friedrichs Reinhardt Verlag
	• Wochenblatt Birseck und Dorneck	AZ Anzeiger AG
	• TagesWoche	Stiftung für Medienvielfalt
<u>ONLINE ZEITUNGEN</u>	• Onlinereports	Peter Knechtli
	• barfi.ch	Christian Heeb
<u>FERNSEHEN</u>	• Telebasel	Stiftung Telebasel
<u>RADIO</u>	• Energy Basel	Ringier Axel Springer
	• Radio Basilisk	Matthias Hagemann
	• Radio X	Stiftung Radio X
	• SRF 1 Regionaljournal	SRG

Zusammenstellung: TagesWoche/ergänzt und aktualisiert von Nathalie Martin

# ABSTIMMUNGEN NATIONAL

## NEIN ZUR ABSCHAFFUNG RADIO- UND FERNSEH-GEBÜHREN



Die «No Billag»-Initiative will jegliche «Subventionszahlung» an Radio- und Fernsehveranstalter stoppen und strebt damit eine nach Marktlogik funktionierende Medienlandschaft an.

Die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)» will erreichen, dass die heute gebührenfinanzierten Radio- und Fernsehveranstalter künftig keine Empfangsgebühren mehr erhalten. Jede «Subventionszahlung» an Radio- und Fernsehveranstalter soll unterbleiben. Die Initiative strebt damit eine Medienlandschaft an, die auch im Bereich von Radio und Fernsehen einer rein marktwirtschaftlichen Logik folgt. Davon sind heute neben der SRG auch 34 private Lokalradio- und Regional-TV-Sender mit Leistungsauftrag betroffen. Ganz konkret würde das für die Region Basel bedeuten, dass das Radio X vor dem Aus stehen würde und auch TeleBasel und Radio Basilisk müssten ihre Angebote stark einschränken,

denn mehr Werbeeinnahmen sind nicht möglich. Zudem wäre der SRG-Standort Basel mitsamt seinen Arbeitsplätzen hinfällig, denn das SRF-Kulturangebot kann nicht mit Werbung finanziert werden. Die SRF müsste laut Bundesrätin Leuthard ohnehin geordnet liquidiert werden. Unsere vielfältige unabhängige Medienlandschaft wäre zerschlagen. Die Zerstörung der Schweizer Medienvielfalt durch «No Billag» entzieht der demokratischen Diskussion den Boden und schwächt den Zusammenhalt des Landes mit seinen verschiedenen Kulturen.

### UNSERE ARGUMENTE FÜR EIN NEIN:

1. Nein zum Kahlschlag in der Medienlandschaft: Die No-Billag-Initiative zerstört mit Holzhackermethoden die lebendige Medienvielfalt. Rechtspopulistische Milliardäre und globale Konzerne übernehmen Radio und Fernsehen in der Schweiz.
2. Nein zum Sendeschluss für Minderheiten: Private Medienkonzerne wollen Geld verdienen. Sendungen für Sprachminderheiten und Angebote für Menschen mit einer Hör- oder Sehbehinderung verschwinden mit «No Billag» von der Bildfläche.
3. Nein zum Angriff auf die Direkte Demokratie: Ein rein privater Medienmarkt führt zu Konzentration und Monopolen. Er zerstört so die Grundlagen der direkten Demokratie: unabhängige und vielfältige Information in allen Landesteilen und für alle Bevölkerungsschichten.
4. Nein zum Abbau der kulturellen Vielfalt: Schweizer Filme und das lokale

Musikschaffen verlieren ohne Gebühren wichtige Fördergelder und öffentliche Auftritte in Kino, Radio und Fernsehen. Es droht kommerzieller Einheitsbrei.

5. Nein zur Kostenexplosion für KonsumentInnen: Bei einer Abschaffung der Billag-Gebühren müssten bei Pay-TV-Kanälen einzelne Sendungen eingekauft werden. Ein Blick auf die Preislisten von Sport- und Filmkanälen zeigt, dass die Kosten ein Mehrfaches der 365 Franken für die Radio- und Fernseh-Gebühren betragen würden.
6. Nein zur Vernichtung von Arbeitsplätzen: Die Initiative ist auf die Abschaffung des medialen Service Public ausgerichtet und vernichtet dabei mehrere Tausend Arbeitsplätze (neben der SRG auch in der privaten audiovisuellen Wirtschaft der Schweiz und bei Privatradios und -fernsehen).

Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL

### JA ZUR FINANZORDNUNG 2021

Die geltende Finanzordnung beschränkt die Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer bis Ende 2020. Diese sind nicht in Frage gestellt, denn nur damit kann der Bund seine wichtigen Aufgaben erfüllen. Die Grünen beschlossen ein einstimmiges Ja zur Finanzordnung 2021.

Nathalie Martin,  
Geschäftsführerin Grüne BL

# ABSTIMMUNGEN BASELSTADT

## JA ZU DEN DEMOKRATIE-INITIATIVEN



Am 4. März 2018 stimmen wir in Baselland über die zwei Demokratie-Initiativen von jgb und Juso ab. Verhelfen wir ihnen zum JA!

Die Schweiz ist ein Land, welches sehr stolz auf sein direktdemokratisches System ist. Allerdings mussten die demokratischen Rechte hart erkämpft werden und wurden erst nach und nach auf immer grössere Bevölkerungsteile ausgeweitet. Besitzlose, Frauen und über 18-Jährige erhielten ihr Stimmrecht erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts. Wer denkt, diese Zeit der Diskriminierung sei vorbei, irrt. Noch heute sind breite Teile der Gesellschaft vom demokratischen Prozess ausgeschlossen, obwohl sie bei uns sozial verwurzelt sind, Steuern zahlen und von den Gesetzen genauso betroffen sind wie Menschen,

die heute schon über demokratische Rechte verfügen.

Dies wollen wir ändern! Deshalb haben wir vom Jungen Grünen Bündnis Nordwest zusammen mit der Juso Baselland die zwei Schwesterinitiativen lanciert, die am 4. März zur Abstimmung kommen.

### MEHR RECHTE AUF KANTONALER EBENE

Die erste Initiative fordert ein aktives Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene auf kantonaler Ebene. Das heisst, dass auch Menschen ohne schweizerische Staatsbürgerschaft, welche eine langfristige Aufenthaltsbewilligung besitzen, sich in Zukunft aktiv an Abstimmungen und Wahlen auf kantonaler Ebene im Baselbiet beteiligen können. Das passive Wahlrecht, also sich selbst für ein Mandat aufstellen zu lassen, wird von dieser Initiative noch nicht verlangt.

In der zweiten Initiative wird genau dasselbe für über 16-jährige Mitbürgerinnen und Mitbürger gefordert. Lasst uns die demokratischen Defizite in unserem Kanton überwinden, indem wir zu beiden Initiativen ein Ja in die Urne legen.

**Dominik Beeler, Vorstand Junges Grünes Bündnis NW und Grüne BL**

## JA ZUR UNVEREINBARKEIT DER GLEICHZEITIGEN MITGLIEDSCHAFT IN REGIERUNGSRAT UND BUNDESVERSAMMLUNG

Die beiden Ämter im Regierungsrat und im Nationalrat sind nicht vereinbar, daher unterstützen die Grünen Baselland diese Vorlage und beschliessen die Ja-Parole.

**Nathalie Martin, Geschäftsführerin Grüne BL**

## JA ZUR INITIATIVE «FAIRE KOMPENSATION DER EL-ENTLASTUNG» (FAIRNESS-INITIATIVE)

Gesetzliche Änderungen auf Bundesebene erfordern in den Kantonen eine neue Regelung dazu, wer bei den Ergänzungsleistungen für die Kosten aufkommt, die durch die öffentliche Hand übernommen werden müssen. Die Gesetzesänderung entlastet den Kanton zwischen 2011 und 2015 um rund 15 Millionen jährlich. Diese Summe mussten die Gemeinden übernehmen. Da der Kanton sich nicht in der Lage sieht, diese 45 Millionen zurückzuzahlen, hat der Landrat beschliessen, «einmalig und abschliessend» lediglich 15 Millionen an die Gemeinden zurück zu erstatten. 78 von 86 Baselbieter Gemeinden fordern nun in der Fairnessinitiative, dass der Kanton die gesamte eingesparte Summe an die Gemeinden zurückbezahlt. Die Grünen Baselland unterstützen diese Forderung und haben die Ja-Parole beschliessen.

**Marie-Theres Beeler, Vizefraktionspräsidentin Grüne BL**

# ABSTIMMUNGEN

## BASEL-STADT

### STIMMFREIGABE ZUR INITIATIVE FÜR EINE NACHHALTIGE UND FAIRE ERNÄHRUNG

Die Initiative der Stiftung «Sentience Politics» will eine vermehrt pflanzliche Ernährung fördern.

Die Initiative für eine nachhaltige und faire Ernährung sieht drei Massnahmen vor, die ins kantonale Umweltschutzgesetz aufgenommen werden sollen: In Mensen öffentlich-rechtlicher Anstalten sowie weiterer Verwaltungsträger wird das Angebot vegetarischer und veganer Menüs gefördert. Zudem wird die (Weiter-)Bildung von KöchInnen, SchülerInnen sowie Hauswirtschaftslehrpersonen in der Zubereitung vegetarischer und veganer Gerichte vom Kanton gefördert. Schliesslich erstellt der Kanton ein Leitbild zur Förderung einer vermehrt pflanzlichen Ernährung.

#### FLEISCHKONSUM ALS UMWELTSÜNDER

Ernährung ist ein heikles Thema. Mit Gerichten, die uns lieb sind, verbinden wir Erinnerungen an vertraute Personen und Traditionen. Ernährung ist für viele Privatsache, der Staat soll hier bitte nicht reinreden. Tatsache aber ist, dass in der Schweiz rund ein Drittel der Umweltbelastung auf die Ernährung zurückzuführen ist. Damit nimmt die Ernährung den gleichen Stellenwert ein wie der Verkehr. Tierprodukte belasten dabei die Umwelt deutlich mehr als pflanzliche Produkte. Im Bereich Verkehr setzen wir uns längst für ökologische Verkehrsmittel ein. Anreize für eine ökologische Lebensführung sollen nun mit dieser Initiative auch im Bereich Ernährung geschaffen werden.

Selber bin ich weder Vegetarierin noch Veganerin, sehe aber die ökologischen Vorteile eines massvollen Tierproduktkonsums. Genauso wie ich froh bin, wenn der Zugfernverkehr staatlich gefördert wird, damit ich bei Ferienreisen aufs Flugzeug verzichten kann, bin ich auch froh, wenn mir neben dem Schnitzel feine Alternativen zur Verfügung stehen. Die Entscheidung für oder gegen das Schnitzel, treffe ich dann – auch mit der Initiative – immer noch selber.

Die Initiative hat zwar einen liberalen Ansatz, fokussiert aber nur auf den Fleischkonsum. Gerade die Problematik mit Palmöl zeigt aber, dass ein breiter Zugang wichtig wäre. Die Mitgliederversammlung hat deshalb die Stimmfreigabe beschlossen.

Nora Bertschi, GL Grüne BS

### NEIN ZUR GLP-INITIATIVE – UNABHÄNGIGKEIT SOLL GEWAHRT WERDEN

Mit dem irreführenden Untertitel «Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern» wollen uns die Grünliberalen weismachen, dass an alt RegierungsrätInnen exorbitante Abgangsentschädigungen bezahlt werden.

Heute erhalten RegierungsrätInnen, die nicht wiedergewählt werden oder vor dem Pensionierungsalter zurücktreten, ein zeitlich begrenztes Ruhegehalt von 65 Prozent des versicherten Lohnes. Die Dauer der Auszahlung von ein bis zehn Jahren bemisst sich an Alter und Amtsdauer und erlischt bei Eintritt in die ordentliche Pensionierung mit

65 Jahren. Hat die ehemalige Magistratsperson nebst dem Ruhegehalt weitere Einkünfte, so wird das Ruhegehalt um den Teil gekürzt, der über dem vorherigen Lohn liegt. So sieht es die Regelung vor, die seit 2016 in Kraft ist. Die InitiantInnen wollen die Ruhegehälter nun auf ein bis drei Jahre beschränken und erst nach einer Amtstätigkeit von mindestens vier Jahren ausbezahlen. Damit will die glp eine Regelung anpassen, die noch nie zur Anwendung gelangte und 2014 von allen Parteien – ausser ihr selbst – unterstützt wurde. Mit Kanonen auf Spatzen geschossen Bisherige Erfahrungen zeigen klar, dass ehemalige RegierungsrätInnen in der Regel nach ihrer Amtstätigkeit weiter-

hin genug eigene Einkünfte generieren und deshalb selten Ruhegehälter voll ausschöpfen. Da wird unter dem Vorwand von verschenkten Steuergeldern mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

Die finanzielle Unabhängigkeit von Magistratspersonen ist eine wichtige Voraussetzung für funktionierende Demokratien. RegierungsrätInnen sollen ihre Entscheide frei treffen können und sich während ihrer Amtstätigkeit keine Gedanken machen müssen, ob sie nach Abwahl oder Rücktritt ihren Lebensstandard beibehalten können.

Harald Friedl, Präsident Grüne BS





# JGB FORDERT DIVESTMENT DER PKBS

Vertieftes Verständnis des Klimawandels befeuert Diskussion und Engagement zum Klimaschutz am jgb-Weekend.

Verheerende Waldbrände, gewaltige Erdbeben und Überschwemmungen – die Anzeichen der Klimakatastrophe häufen sich 2017 stark. Dass diese eine grosse Gefahr für die ganze Welt darstellen, dessen sind wir uns bewusst. Doch die Ursachen des Klimawandels sind sehr komplex und der detaillierte Durchblick nicht immer einfach. Deshalb haben wir am diesjährigen jgb-Weekend in Diegten anhand der IPCC-Berichte die Grundlagen des Klimawandels intensiv studiert und die Klimapolitik der Schweiz diskutiert. Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass vertieftes Wissen hilft, in der sachlichen und politischen Debatte zum Klimaschutz nunmehr faktenbasiert und selbstsicher zu argumentieren.

## GELD GRILLIERT DIE WELT

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs und der erneuerbaren Energien ist oft im Fokus der schweizerischen Klimaschutzdebatte. Hingegen wird oft vergessen, dass schweizerische Finanzinstitute mit ihren milliardenschweren Investitionen in fossile Energie ein Vielfaches der inländischen CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Nachdem unser Gast Christian Lüthi von der «Klima-Allianz Schweiz» uns auf dieses Thema aufmerksam gemacht hatte, war allen klar, dass auch in Basel mehr Druck auf die Pensionskassen in Bezug auf Divestment (Abstossung klimaschädlicher Anlagen) aufgebaut werden muss. Aufgerüttelt und motiviert durch unseren Workshop, beschlossen wir unser Engagement vorerst auf die stadt-eigene Pensionskasse Basel-Stadt zu fokussieren. Es ist absurd, dass die Pensionskasse einer grün-rot regierten Stadt immer noch Investitionen in Kohle, Öl und Gas tätigt. Deshalb

haben wir die GrossrätInnen des Grünen Bündnis aufgefordert, die Kampagne der Klima-Allianz mit einem Brief an ihre Pensionskassen zu unterstützen. Zusammen haben wir zudem auf dem Marktplatz demonstrativ einen Globus auf einem Grill mit symbolischem Falschgeld grilliert. Diese Inszenierung soll die Regierung ermutigen, einen ausstehenden Vorstoss der Grünen Fraktion im Grossen Rat zu Divestment der PKBS möglichst rasch und positiv zu beantworten. Die Aktion erreichte zudem die lokalen Zeitungen und erregte viel Aufsehen in den sozialen Medien. Dies hat hoffentlich dazu beigetragen, das Thema Divestment in Basel mehr in den Vordergrund zu rücken.

Im neuen Jahr engagieren wir uns weiter für einen griffigen Klimaschutz und freuen uns auf neue Herausforderungen!

Marcel Trefny, Vorstand jgb

## AUF EIN GUTES 2018 MIT GRÜNEN HIGHLIGHTS!



Guter grüner Start zum neuen Jahr: in toller Ambiance haben es Stadt und Land, Junge und weniger Junge und auch etwa gleich viele Männer und Frauen zusammen eingeläutet. Für uns Selbstverständlichkeiten, leider aber noch nicht überall!

Ein erster Paukenschlag folgt sogleich, mit der «No Billag»-Initiative. Es geht dort nicht um Gebühren oder SRG. Es geht um die Liquidation der «Idee Suisse»!, um einen direkten Angriff auf unsere Demokratie und unser viersprachiges Land.

Die SRG kann man nicht kaufen – deshalb soll sie weg! Es geht um Informationshoheit, mit gekauften Medien in einer werbegetränkten Wüste von Privatsendern. Darum klares Nein zu «No Billag».

Auch bei der Energiewende braucht's weiter vollen Einsatz: gerade erst eingeläutet, will man uns schon weismachen, ihre Kosten seien «am Explodieren». Das trifft zu, aber einzig auf die Entsorgungskosten unserer Atommeiler! Es braucht deshalb unsere Forderung nach Nachhaltigkeit, auch als AnwältInnen der nächsten Generation.

Ja und dann werden schon wieder die Weichen für die Wahlen 2019 gestellt. Dass wir regieren können, zeigte zuletzt gerade Lukas Ott in Liestal – mit Bravour! Im Landrat werden wir die Scharte von 2015 ausweiten müssen, und vielleicht reicht es sogar zu einem Ständeratssitz. Auf dass Grün gewinnt!

Isaac Reber, Regierungsrat Grüne BL

## MEDIENFRÜHSTÜCK DER FRAKTION



Im Dezember lud die Fraktion Grüne/EVP zum Medienfrühstück ein. Nein, wir haben nicht die Medienleute gegessen, es gab Bio-Gipfeli und die regionalen Medien waren eingeladen. Die Hauptbotschaft war: Verkehrte Verkehrspolitik? Wir brauchen eine Vorwärtsstrategie. Florence Brenzikofer hat die Forderungen dazu formuliert:

eine langfristige Mobilitätsstrategie, ein Fahrplanangebot, das den gesamten ÖV berücksichtigt, ein attraktives U-Abo, das gerne auch bis Olten seine Gültigkeit hat. Weiter soll das Bahnangebot an die Randregionen gekoppelt sein und das Busnetz auch in den Randregionen auf die S-Bahn abgestimmt sein. Rahel Bänziger konnte nochmals unser Engagement gegen den stetig wachsenden Flugverkehr aufzeigen: Wir fordern das Nachtflugverbot von 23 bis 6 Uhr und keinen weiteren Ausbau mehr am Flughafen, weder bei den Pisten noch bei den Flugbewegungen.

Nathalie Martin,  
Geschäftsführerin Grüne BL

## DANKE LUKAS!



Mit Weitblick und dank seinem grossen Netzwerk hat Lukas Ott es zusammen mit seinem Stadtratsteam geschafft, die Bekanntheit und Attraktivität unserer Stadt mit immer wieder neuen und wegweisenden Projekten markant zu verbessern. Wir denken da an die familienergänzenden Tagesstrukturen, die Velostation, das beliebte Openair Liestal Air, die Genusswochen, die Verdichtung nach innen mit vielen neuen,

zentralen Wohnquartieren und den Erhalt der Grünzonen aussen, die Aufhebung von Einbahnstrassen für den Veloverkehr, die neue Rathausstrasse, die Positionierung von Liestal als möglichem Universitätsstandort und nicht zuletzt an die Chance, dass Liestal endlich seinen zeitgemässen und funktionalen neuen Bahnhof erhält. Liestal entwickelt sich von der unscheinbaren Kleinstadt zur aufstrebenden charmannten und lebendigen Kantonshauptstadt.

Lukas sagte einmal: «Die Stadt muss zur Einsicht gelangen, dass es ihr erlaubt ist, sich zu erneuern.» Wir sind der Meinung, dass ihm das mit Bravour gelungen ist.

Merci, Lukas, und viel Freude und Erfolg für deine neue Aufgabe als Stadtentwickler in Basel!

Erika Eichenberger,  
Grüne Liestal und Umgebung

## RHEINAUFWÄRTS - BESUCH AUS KÖLN



Eine Delegation der Grünen Fraktion des Kölner Regionalrats besuchte uns an einem nasskalten Novembertag, um mehr zu erfahren über die grenzüber-

schreitende Zusammenarbeit in der Region Basel. Dieser Aufgabe nahmen wir uns gerne an und stellten ein umfangreiches Besuchsprogramm zusammen, u.a. mit Beiträgen von Maya Graf, Jürg Stöcklin und Lukas Ott. Im Anschluss an eine Rathausbesichtigung und sachkundige Innenstadtführung rundeten wir den Austausch mit einem gemeinsamen Essen ab.

Harald Friedl, Präsident Grüne BS

## IM KREIS VON FREUNDINNEN



Der Freundeskreis ist für Mitglieder und SympathisantInnen eine Möglichkeit, ihre Verbundenheit mit den Grünen Basel-Stadt durch einen höheren Beitrag auszudrücken. Im Gegenzug organisieren wir einen gemeinsamen

Anlass. Im 2017 luden wir unsere FreundInnen zu einem exklusiven Nachtessen in der Kochnische der Markthalle ein, das von Guy Morin, Jürg Stöcklin und Harald Friedl zubereitet wurde. Es wird gesagt, dass man dabei auch einiges aus dem Nähkästchen der Basler Regierung vernommen hat. Möchtest Du auch zum Freundeskreis gehören? Mit einer Aufstockung des Mitgliederbeitrags auf 600 Franken pro Jahr bist Du dabei. Mehr Infos unter:

sekretariat@gruene-bs.ch

Harald Friedl, Präsident Grüne BS

## SCHULKOMMISSION BFS



Für die zurückgetretene Lydia Meyer wurde Cristina Steinle neu in die Schulkommission der Berufsfachschule Basel gewählt. Wir wünschen Cristina viel Freude und Erfolg im Amt und danken Lydia für das langjährige Engagement.

Oliver Thommen,  
Geschäftsführer Grüne BS

## DEM BUNDES RAT BEINE MACHEN

Als Klimaseniorinnen wehren wir uns, weil unser Bundesrat viel zu wenig unternimmt gegen den Klimawandel. Dass die Hitzewellen in Zukunft immer häufiger auftreten werden und dass als Folge wir älteren Frauen nebst Kranken und Kleinkindern besonders davon betroffen sind, ist nachgewiesen. Deshalb haben wir, bald tausend Seniorinnen, im November 2016 den Bund verklagt. Wir freuen uns über weitere Mitglieder und UnterstützerInnen. Mehr Infos unter: [www.klimaseniorinnen.ch](http://www.klimaseniorinnen.ch) Rosmarie Wydler-Wälti, Co-Präsidentin

## BASEL WÄCHST WIEDER



2018 wird vielleicht das Jahr, in dem Basel-Stadt die Limite von 200'000 Einwohnerinnen und Einwohnern wieder überschreitet. Es gibt viele Gründe, gegenüber Wachstum skeptisch zu sein. Seine Begrenzung wird das grosse Thema dieses Jahrhunderts sein. Das Wachstum der Stadtbevölkerung ist dabei aber ein Teil der Lösung.

Wenn die Städte wachsen, können wir die Zersiedelung der Landschaft bremsen – weil wir gegen innen verdichten und Bodenressourcen schonen können. Wenn die Städte wachsen, können wir den Verkehr reduzieren – weil wir eine Kultur der kurzen Wege etablieren können. Wenn die Städte wachsen, können wir die Umweltbelastung reduzieren – weil die entstehenden Neubauten und neuen Quartiere umweltfreundlicher gebaut werden können.

Und für Basel-Stadt im Speziellen gilt auch: Wenn wir wachsen, werden wir weiterhin einen grossen Teil der Zentrumsfunktionen in Bildung und Kultur bezahlen können.

Die Raumknappheit in Basel ist eine Chance. Sie zwingt uns, beim Wachstum nicht einfach auf mehr Fläche zu setzen, womit alle genannten Vorteile zunichte gemacht würden. Unsere einzige Perspektive ist die nachhaltige Verdichtung mit ihrem erwiesenen Nutzen für Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft.

Elisabeth Ackermann,  
Regierungspräsidentin Basel-Stadt

## Ortssektionen und Arbeitsgruppen

### GERICHTSWAHLEN

Folgende VertreterInnen der Grünen wurden bei den Gesamterneuerungswahlen der Gerichte gewählt.

**KANTONS- UND STRAFRICHTERINNEN**  
Enrico Rosa, Vizepräsident Kantonsgericht, Präs. Abteilung Strafrecht / Markus Mattle, Vizepräsident Abteilung Strafrecht Kantonsgericht / Claude Jeanneret, Kantonsrichter / Beat Schmidli, Strafgerichtspräsidium / Lea Hungerbühler, Strafgericht, neu Vizepräsidentin / Arvind Jagtap, Enteignungsgericht / Kerstin Göschke, Strafgericht / Nathalie Droesser, Strafgericht

#### ZIVILKREISGERICHT

Marlies Hartmann / Ildiko Wissler / Sibylle Lutiger

Für die langfristige Planung freuen wir uns über weitere Interessierte für die zukünftigen Richterwahlen – bitte im Sekretariat unter [info@gruene-bl.ch](mailto:info@gruene-bl.ch) melden.

### DELEGIERTE GRÜNE CH

Viermal jährlich laden die Grünen Schweiz zur Delegiertenversammlung, um Parolen und Positionen zu fassen und um sich schweizweit zu vernetzen. Falls Du interessiert bist, uns als Delegierte/r zu vertreten, melde Dich bei uns.

Nathalie Martin & Oliver Thommen,  
Geschäftsstelle Grüne BL/BS

### DELEGIERTE STADTTEIL-SEKRETARIATE

Alle Mitgliedsorganisationen dürfen Delegierte bei den Stadtteilsekretariaten stellen. Wir sind noch auf der Suche nach VertreterInnen. Bei Fragen oder Interesse melde Dich beim Sekretariat.

Oliver Thommen,  
Geschäftsführer Grüne BS

### HERZLICHE GRATULATION



Mit einem Glanzresultat wurde Marie-Theres Beeler am 14. Januar in den Stadtrat gewählt. Die vielen Gespräche an den Wahlveranstaltungen haben sich gelohnt, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu kommen und Marie-Theres' Kompetenzen unter Beweis zu stellen. Wir freuen uns über diesen Erfolg und wünschen viel Freude und Erfolg im neuen Amt!

Erika Eichenberger, Grüne Liestal und Umgebung

### MARCO SÄUBERT DEN WALD



Marco Agostini, Präsident der Grünen Reinach/Aesch/Pfeffingen, zeigt uns fürs neue Jahr, wie grünes Engagement Erfolg hat: Mit seiner Waldputzaktion ([www.suuberewald.com](http://www.suuberewald.com)) macht er etwas für die Umwelt und im gleichen Zug super Werbung für die Grünen. Herzliche Gratulation!

Bálint Csontos, Präsident Grüne BL

## PAROLEN 4. MÄRZ

### NATIONAL

- **Nein** zur «No-Billag»-Initiative
- **Ja** zum Bundesbeschluss über die Finanzordnung 2021

### BASELSTADT

- **Ja** zum Stimmrechtsalter 16
- **Ja** zum Stimmrecht für Niedergelassene
- **Ja** zur Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft in Regierungsrat und Bundesversammlung
- **Ja** zur Initiative «Faire Kompensation der EL-Entlastung» (Fairness-Initiative)

### BASELSTADT

- **Stimmfreigabe** zur Initiative betreffend «Nachhaltige und faire Ernährung»
- **Nein** zur Initiative «für eine zeitgemässe finanzielle Absicherung von Magistratspersonen (Keine goldenen Fallschirme mit Steuergeldern)»

## AGENDA

- 21. März: MV BL
- 10. April: MV BS
- 19.-21. April: eco.festival, Basel
- 1. Mai: 1.-Mai-Fest
- 5. Mai: DV CH
- 19. Juni: MV BL & BS
- 25. August: DV CH
- 28. August: MV BL
- 25. September: MV BS
- 27. Oktober: DV CH
- 28. November: MV BL
- 11. Dezember: MV BS

## DAS LETZTE

Dieses Medium wird durch Zwangsmittgliederbeiträge und Zwangsspenden finanziert, weshalb wir uns solidarisch zeigen würden, falls die «idee suisse» sprich die SRG abgestellt würde. Deshalb proben wir hier in dieser Spalte den Ernstfall und machen Sendeschluss...